



AKREF-Nachrichten vom 30.08.2019 bis 06.09.2019

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

04. September 2019 Finnland: Politikerin sieht Homosexualität kritisch – Polizei ermittelt	3
Algerien: Christen verhindern Kirchenschließung	4
Algerien: Kirchenschließungen drohen einheimischen Christen	5
Deutschland: Der „politische Islam“ hetzt gegen Christen, Juden und Jesiden	6
Deutschland: Geht der EKD der Glaube aus?	7
Deutschland: Sekten-Info NRW warnt vor „Shinchonji“-Missionaren	8
Engagiert für verfolgte Christen in aller Welt	9
Humboldt-Universität: Weiter Kritik an Beirat für Islam-Institut	10
Indien: Lebenslange Haftstrafen für Mord an einem Christen	11
Indonesien: Hetze gegen Christen endet mit Freispruch	12
Indonesien: Kritik an Freispruch für islamischen Prediger	13
Internationale Altaistikkonferenz setzt sich mit Thema Staat und Religion auseinander	14
Iran: Konvertiten zu Haftstrafen wegen „Versammlung, Verschwörung und Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt	15
Iran: Richter legt Prozesse gegen Konvertiten zusammen und erscheint nicht zum Gerichtstermin	16
Iran: Update zu den angeklagten Konvertiten Mahrokh Kanbari, Mohammad Vafadar, Kamal Naamanian, Hossein Kadivar (Elisha), Khalil Dehghan, Matthias Haghnejad, Shahrouz Eslamdoust, Babak Hosseinzadeh, Behnam Akhlaghi und Mehdi Khatibi	17
Kamerun: Bibelübersetzer mit Machete getötet	18
Nahost: Das Ende des Christentums im Nahen Osten?	19
Nigeria: Entführte Schülerin Leah Sharibu soll noch am Leben sein	21
Pakistan: Asia Bibi äußert sich im allerersten Interview über ihre Zeit im Gefängnis	22
Pakistan: Der Straßenreiniger Sawan Masih ist „Gefangener des Monats September“	23
Schweiz: Berner EVP fordert italienisches Kirchensteuermodell für Unternehmen	24
Tschad: „Wir haben Bürgerkriege, Überfälle und Verfolgung überlebt“	25
Türkei: Ausweisungen von ausländischen Christen schreitet voran	26
Verfassungsrechtler: „Kinderkopftuch“-Verbot wäre rechtlich möglich Im Falle eines Gesetzes könnten aber auch andere religiöse Symbole betroffen sein	28
Vietnam: Sechsjährige wegen ihres Glaubens ins Koma geprügelt	29

04. September 2019 Finnland: Politikerin sieht Homosexualität kritisch – Polizei ermittelt

Die Polizei in der finnischen Hauptstadt Helsinki ermittelt gegen eine Politikerin, weil sie sich in sozialen Netzwerken kritisch über die Teilnahme der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands an einer Homosexuellen-Parade geäußert hatte.

Helsinki (idea) – Die Polizei in der finnischen Hauptstadt Helsinki ermittelt gegen eine Politikerin der Christdemokratischen Partei (KD), weil sie sich in sozialen Netzwerken kritisch über die Teilnahme der Evangelisch-Lutherischen Kirche Finnlands an einer Homosexuellen-Parade geäußert hatte. Die Parlamentsabgeordnete Päivi Räsänen (59) hatte am 17. Juni auf Facebook und Twitter geschrieben: „Die Kirche, in der ich Mitglied bin, hat angekündigt, offizieller Partner der ‚Helsinki Pride 2019‘ zu sein. Wie passt die Lehre der Kirche, die Bibel, zu der Idee, Scham und Sünde zu einem Thema des Stolzes zu machen?“ Dazu veröffentlichte sie ein Foto der Bibelverse aus Römer 1,24–27. Wie die Polizei am 30. August der „Helsinki Times“ mitteilte, wird nun gegen die Politikerin wegen „ethnischer Agitation aufgrund homophober Äußerungen“ ermittelt. Die „Helsinki Pride“ ist die größte Veranstaltung der LGBT-Gemeinde (Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender) des Landes. Sie findet jährlich in der letzten Juniwoche statt. Räsänen war vom 22. Juni 2011 bis zum 29. Mai 2015 Innenministerin ihres Landes. Die Ärztin ist mit dem Pastor Niilo Räsänen verheiratet und hat fünf Kinder. Die Familie lebt in Riihimäki im Süden des Landes. Bereits 2010 hatte Räsänen im finnischen Fernsehen erklärt, dass „die Homo-Ehe gemäß der Bibel nicht mit dem christlichen Glauben vereinbar“ sei. Von den 5,5 Millionen Einwohnern Finnlands gehören heute rund 70 Prozent der Evangelisch-Lutherischen Kirche an. 27 Prozent sind konfessionslos, 1,1 Prozent russisch-orthodox.

Algerien: Christen verhindern Kirchenschließung

Die Gemeinde von Ighzer Amokrane machte die Öffentlichkeit auf die nicht rechtmäßige Anordnung, ihre Kirche zu schließen, aufmerksam und nahm rechtliche Schritte, dies zu verhindern.

Gemeinde und Behörden einigten sich auf ein weiterführendes Gespräch

Algier (idea) – In Algerien haben Christen die Schließung ihrer Kirche durch Polizeibeamte verhindert. Wie mehrere US-Medien übereinstimmend berichten, erhielt die 300 Mitglieder zählende Gemeinde in Ighzer Amokrane im Norden des Landes von den Behörden eine Vorwarnung. Darin wurde auch das Datum der Schließung genannt. Daraufhin seien Christen aus 33 anderen Gemeinden nach Ighzer Amokrane gekommen. Sie hätten Gottesdienst gefeiert und an den Wänden Protestbanner mit der Aufschrift „NEIN zur ungerechten Schließung der Kirchen“ befestigt. Der Pastor habe den Anwalt Wahab Chiter beauftragt, die rechtlichen Interessen der Gemeinde zu vertreten. Auch ein Leitungsmitglied der rechtlich anerkannten Dachorganisation der Evangelischen Kirchen in Algerien (EPA) sei vor Ort gewesen. Der Anwalt habe die Beamten darauf hingewiesen, dass der Schließungsbeschluss ungültig sei, weil ein Provinzchef nicht befugt sei, eine solche Richtlinie zu unterzeichnen. Nach dem Gesetz sei allein eine Kommission für Gotteshäuser befugt, eine Kirchenschließung anzuordnen. Nach einem kurzen Austausch hätten sich die Behördenvertreter mit dem Pastor auf einen Gesprächstermin geeinigt und die Kirche verlassen. Zuvor war es wiederholt zu Kirchenschließungen in Algerien gekommen.

Weltweite Evangelische Allianz fordert Öffnung geschlossener Kirchen

Mitte August forderte die Weltweite Evangelische Allianz den islamisch geprägten Staat auf, allen Kirchen und christlichen Organisationen Religionsfreiheit zu garantieren und sechs geschlossene Kirchen wieder zu öffnen. Gegenüber dem Portal „Morning Star News“ bezeichnete ein EPA-Vertreter die jetzt verhinderte Schließung als einen Sieg. Jedoch sei der Kampf noch immer nicht gewonnen. Algerische Christen beteten, dass das Treffen mit den Behörden dazu beitrage, die Kampagne zur Schließung der Kirchen zu beenden. Zur EPA gehören 45 Kirchen. Der Anteil der Christen unter den 43 Millionen Einwohnern Algeriens – fast ausschließlich Muslime – liegt bei unter einem Prozent. Auf dem Weltverfolgungsindex der christlichen Hilfsorganisation „Open Doors“ belegt das Land Rang 22.

Quelle: Middle East Concern / meconcern.org

Algerien: Kirchenschließungen drohen einheimischen Christen

Wie am 30.8.2019 berichtet, sind einheimische Christen in ihren Gemeinden von den Lokalbehörden teils schwer zugesetzt.

Fortsetzung unserer Berichterstattung vom 30.8.

Algerische Christen bitten um Gebet, da die Kampagne der Behörden zur Schließung von Kirchen intensiviert wird. Am frühen Morgen des 2. September kamen Gendarmen in die Kirche des Friedensfürsten in Ighzer Amokrane und versiegelten das Gebäude.

Mitte August war ein Schließungsbeschluss für diese Kirche erlassen worden. Als die Gendarmen am 28. August versuchten, das Gebäude zu versiegeln, besetzten Christen die Kirche und weigerten sich, zu gehen.

Vertreter von l'Église Protestante d'Algérie (EPA), der gesetzlich anerkannten Dachorganisation protestantischer Kirchen in Algerien, sagten, die Schließung sei illegal, da sie nicht von einem Gericht angeordnet worden sei. Sie hatten am 28. August ein Treffen mit den Provinzbehörden, bei dem die Behörden erklärten, sie würden das Problem prüfen. Bis zur Versiegelung der Kirche am 2. September war nichts mehr zu hören.

Am selben Tag wurden die Leiter einer anderen mit der EPA verbundenen Kirche in Maatkas von den Behörden vorgeladen. Sie wurden lange verhört, sind aber dankbar, dass sie nicht darüber informiert wurden, dass ihre Kirche geschlossen werden soll.

Seit November 2017 werden die meisten mit der EPA verbundenen Kirchen aufgefordert, ihre Lizenzen gemäß der Anforderung einer Verordnung aus dem Jahr 2006 über die nichtmuslimische Anbetung nachzuweisen, die vorschreibt, dass alle diese Orte lizenziert werden müssen. Die Regierung, die Anträge von Kirchen ignoriert, hat jedoch noch keine Genehmigung für einen Kirchenbau nach dieser Verordnung erteilt. Mehrere Kirchen haben seitdem schriftliche Anweisungen erhalten, alle Aktivitäten einzustellen. Mindestens sieben Kirchengebäude wurden versiegelt.

Algerische Christen fordern uns auf, dafür zu beten:

- a. Gemeinde- und EPA-Leiter würden den Frieden, die Weisheit und die Führung des Herrn angesichts des wachsenden Drucks kennen.
- b. Die Behörden werden ihre systematische Kampagne zur Schließung von Kirchen beenden und die Religionsfreiheit der Christen einschränken.
- c. Kirchen, die geschlossen wurden, bald wieder geöffnet werden dürfen, und dass keine weiteren Maßnahmen gegen die Kirchen ergriffen werden, die noch untersucht werden.
- d. die Vorschriften für den nicht-muslimischen Gottesdienst geändert und gerecht umgesetzt werden, so dass die Christen in der Lage sein werden, frei zu beten.
- e. Die Verantwortlichen für die Schließungsbefehle würden die Überzeugung des Heiligen Geistes und die Vergebung und das neue Leben kennen, das von Jesus angeboten wird.

Quelle: Middle East Concern / meconcern.org

Deutschland: Der „politische Islam“ hetzt gegen Christen, Juden und Jesiden

Islamwissenschaftlerin: Politik und Kirchen verharmlosen diese Ideologie

Frankfurt am Main (idea) – Vor einem wachsenden Einfluss des „politischen Islam“ in Deutschland warnt die Ethnologin und Islamforscherin Prof. Susanne Schröter (Frankfurt am Main). Die Vertreter dieser Ideologie predigten die moralische Überlegenheit des Islams und werteten andere Religionen sowie Weltanschauungen ab. „Sie hetzen gegen Christen, Juden und Jesiden, aber auch gegen liberale und säkulare Muslime.“ Die Folgen seien religiöses Mobbing an Schulen, antisemitische Übergriffe und die Bedrohung von Kritikern, sagte die Professorin in einem Interview mit „Bild.de“. Der politische Islam teste zurzeit seine Grenzen aus, fordere Sonderrechte für Muslime und versuche, muslimische Normen im öffentlichen Raum durchzusetzen. Leitbild dabei sei die islamische Gesetzgebung, die Scharia. Die Neutralität des Staates werde ebenso angegriffen wie der gemeinsame Unterricht von Jungen und Mädchen. Schröter: „Wer sich diesem Spiel widersetzt, wird lautstark als antimuslimischer Rassist beschimpft.“ Die Gesellschaft solle durch zunehmenden Stress zermürbt werden, um die eigenen Ziele ungehindert durchsetzen zu können.

Politik und Kirchen verharmlosen den „politischen Islam“

Die 61-Jährige ist Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Frankfurter Goethe-Universität. Nach ihren Worten werden Organisationen des politischen Islam von Politik und Kirchen verharmlost und durch vielfältige Formate der Zusammenarbeit geadelt: „Insbesondere durch Bildungsk Kooperationen sowie durch ihre Aufnahme in politische und universitäre Gremien gewinnen sie permanent an Einfluss.“ Schröter ist Autorin des neuen Buches „Politischer Islam – Stresstest für Deutschland“ (Gütersloher Verlagshaus). Im Frühjahr war die Professorin selbst Zielscheibe einer Diffamierungskampagne. Als sie eine Tagung über das islamische Kopftuch organisierte, beschimpften Aktivisten sie als Rassistin. Studenten der Frankfurter Goethe-Universität forderten die Absetzung der Professorin. Schröter sprach damals von einer Rufmordkampagne.

Deutschland: Geht der EKD der Glaube aus?

Geht der Kirche der Glaube aus? Diese provokative Frage stellt der lutherische Schriftsteller Dr. Klaus-Rüdiger Mai in seinem neusten Buch.

Buchrezension zu Klaus-Rüdiger Mai, Geht der Kirche der Glaube aus? Eine Streitschrift.

Ostfildern/Deutschland | 30.08.2019 | APD | Klaus-Rüdiger Mai, Geht der Kirche der Glaube aus? Eine Streitschrift, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2018, 192 Seiten, broschiert, 15,00 EUR, ISBN 978-3-374-05305-6

Geht der Kirche der Glaube aus?

Diese provokative Frage stellt der Schriftsteller Dr. Klaus-Rüdiger Mai in seinem neusten Buch. In acht Kapiteln widmet sich der Historiker verschiedenen Themen rund um die Kirche. Glaube, Kirche und Mission stehen dabei im Hauptfokus. Mai schreibt als lutherischer Christ und engagiertes Kirchenmitglied, das betroffen ist von den sich mehrenden Austritten sowie der Kraftlosigkeit seiner Kirche. Er kommt zum Schluss: Im heutigen Deutschland ist es schlecht bestellt um die evangelische Kirche. Dabei bleibt der Autor nicht abstrakt, sondern wird mitunter sehr konkret in seiner Kritik. Er spart nicht mit Zitaten und Beispielen aus dem aktuellen Kirchenalltag.

Mai schreibt sachlich und doch leidenschaftlich. Er möchte einen Disput über den Zustand der Kirche eröffnen und dazu auffordern, sich als freier Bürger daran zu beteiligen, statt heimlich zu leiden. Es werden politische Geschehnisse, die momentane Weltlage und aktuelle Kirchenpolitik anschaulich verbunden. Unerschrocken spricht er dabei umstrittene Themen an, wie das „Scheitern des Multikulturalismus“ (S. 30), den „Rückzug des Rechtsstaates“ (S. 30), „Kontrollverlust“ (S.30), „Neofeudalisierung“ (S.101) sowie die „Modernisierung Deutschlands“ (s. 139).

Politische Kirche

Mais Postulat: Die Theologie wird weltlich und ersetzt ihre eschatologische Perspektive durch Parteipolitik. Der Kirchentag avanciert in Folge dessen zum rot-grünen Parteitag. So verliert die Kirche aber ihre politischen Möglichkeiten, und die Nähe zur Politik schafft Raum für pagane Ersatzreligionen. Als Historiker sieht Mai, dass die Kirche immer dann, wenn sie der politischen Versuchung erlag, auf Abwege geriet. Er verdeutlicht dies mit Beispielen aus der Geschichte.

Ziel des Autors ist es „der Tendenz zur Selbstvergottung des Menschen und der damit einhergehenden Gefahr der Selbstsäkularisierung der Kirche zu wehren“ (S.10). Mai ist überzeugt: Echter Glaube darf nicht verwechselt werden mit ideologischer Gesinnung, ethischer Haltung, Seelenwellness und Wohlfühlprotestantismus. Glaube darf nicht weichgespült werden durch Anspruchslosigkeit. Glaube kann nicht durch Ideologie ersetzt werden, und Kirche ist keine moderne Moralanstalt. Die Rettung der Kirche liegt auch nicht in der Nähe zum Kanzleramt.

Prophetische Kirche

Stattdessen soll Kirche wieder die Aufgabe des Propheten wahrnehmen und nicht des Propagandisten. Prophetisches Reden erfolge immer exklusiv, niemals inklusiv. Der Prophet widerspreche den Eliten und macht sich nicht zu dessen Diener, wie der Propagandist. Kirche muss daher parteilos bleiben und darf nicht selbst zum Establishment gehören (wollen).

Mit Vollmacht streitet der Autor für die Zukunft der Kirche. Seine Lösung: „Die evangelischen Kirchen müssen zum Glauben auf der Grundlage des Evangeliums und ihrer Bekenntnisse zurückfinden“ (S.14). Weg von der Macht, Distanz zu den Eliten, hin zum Evangelium und zu Paulus! So könne die Kirche wieder Halt und Orientierung geben. Zum Schluss wird Mai selbst zum Propheten, indem er voraussagt: „Die Stunde der Kirchen wird anbrechen“ (S. 147). Der geneigte Leser wird diese Hoffnung sicherlich teilen.

Claudia Mohr

Deutschland: Sekten-Info NRW warnt vor „Shinchonji“-Missionaren

Missionare der umstrittenen Gemeinschaft sind im Ruhrgebiet unterwegs

Essen (idea) – Die umstrittene Religionsgemeinschaft „Shinchonji“ (koreanisch: Neuer Himmel und neue Erde) verstärkt ihre missionarischen Aktivitäten im Ruhrgebiet. Das berichtet die Beratungsstelle Sekten-Info Nordrhein-Westfalen mit Sitz in Essen. In diesem Jahr hätten sich bereits rund 25 Betroffene und besorgte Angehörige gemeldet, die zeitweise von der Gruppe angeworben worden seien, erklärte Sekten-Info-Mitarbeiter Christoph Grotepass gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Das seien etwa doppelt so viele wie im Jahr 2018. Die Missionare sprächen Passanten in den Fußgängerzonen von Ruhrgebietsstädten wie Essen, Bochum und Dortmund für vermeintliche Umfragen zu den Themen „Glück“ oder „Religion“ an. Der Name „Shinchonji“ falle dabei nicht. Wer sich interessiert zeige, werde zu einem „Bibelkurs“ eingeladen. Die Mitglieder der Gruppe übten auf die „Bibelkurs“-Teilnehmer großen psychischen Druck aus, regelmäßig bis zu vier Unterrichtseinheiten pro Woche wahrzunehmen. Aussteiger berichteten, dass sie den Unterricht als „Gehirnwäsche“ empfunden hätten. Gleichzeitig sammelte „Shinchonji“ strategisch Informationen über das soziale Umfeld, die finanzielle Situation oder die psychische Verfassung der neuen Mitglieder.

EZW: Das trinitarische Bekenntnis der Kirchen wird abgelehnt

Im Ruhrgebiet gibt es nach Schätzung von Sekten-Info NRW rund 200 „Shinchonji“-Anhänger. Besonders aktiv sei die Organisation auch in Frankfurt am Main und Berlin. Nach einem Bericht der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW/Berlin) ist sie stark auf die Person ihres Gründers Man Hee Lee (82) ausgerichtet. Er verstehe sich als Empfänger einer Offenbarung von Gott, dass er die zwölf Stämme des Volkes Gottes wiedererrichten solle und dadurch ein neues Zeitalter begonnen habe. Das trinitarische Bekenntnis der Kirchen werde abgelehnt. Mit diesen Glaubensüberzeugungen stelle sich „Shinchonji“ gegen alle ökumenisch verbundenen Gemeinschaften, wie sie in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) zusammengeschlossen sind. Die Organisation lege ihren Mitgliedern nahe, den Kontakt zu Personen außerhalb der Gemeinschaft abzubrechen.

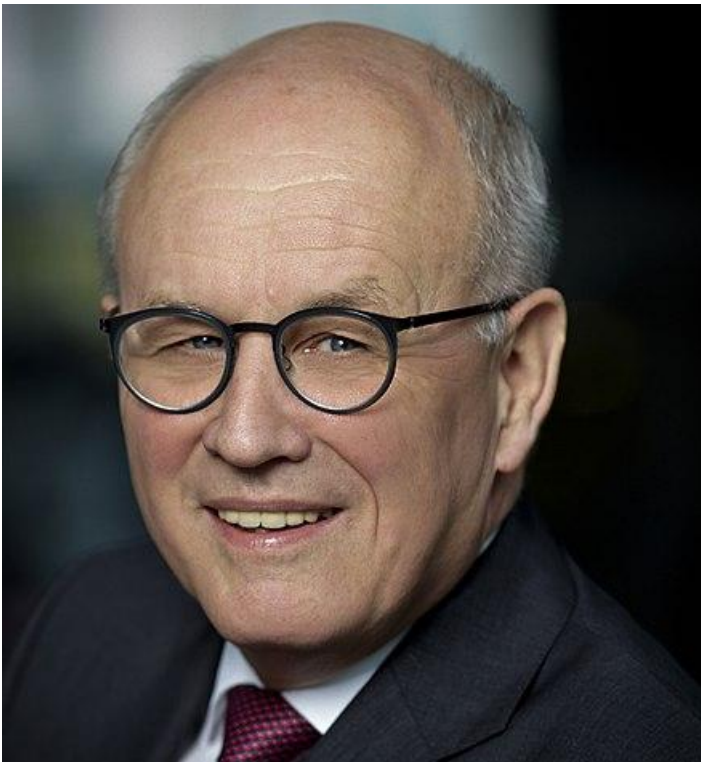
Engagiert für verfolgte Christen in aller Welt

Der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, wird 70

Berlin (idea) – Wie kein anderer deutscher Politiker setzt sich Volker Kauder gegen Christenverfolgung und für weltweite Religionsfreiheit ein. Der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vollendet am 3. September das 70. Lebensjahr. Im September 2018 war er nach 13 Jahren im Amt überraschend abgewählt worden. Jetzt ist er in der Fraktion zuständig für die Themen Werte, Religionsfreiheit und Christenverfolgung. Kauder steht dem Pietismus nahe. Er war wiederholt einer der Hauptredner auf der traditionellen Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg. Der Politiker ist der Ansicht, dass Christen die weltweit am stärksten verfolgte Religionsgemeinschaft sind. Ob in China, Ägypten oder Afrika, stets sucht er Kontakte zu unterdrückten Minderheiten und fordert die Regierungen zur Beachtung der Menschenrechte auf. Zuletzt forderte er, zum Christentum übergetretene Ex-Muslime generell nicht in den Iran abzuschicken. Sie seien dort besonders gefährdet, „und zwar nicht nur durch ihr soziales oder familiäres Umfeld“, sondern der Staat selbst trete als Verfolger in Erscheinung. Im Iran gebe es keine Religionsfreiheit. Ferner machte er deutlich, dass Christen und Muslime nicht gemeinsam zu Gott beten könnten: „Es gibt nur einen Gott. Wir reden zu dem Vatergott und nicht zu einem unbekanntem Wesen“, sagte er auf dem Kongress Christlicher Führungskräfte 2019 in Karlsruhe. Zudem beschäftige es ihn, dass von Jahr zu Jahr immer weniger Christen in die Kirche gingen.

Bei Gott „unfassbar aufgehoben“

Zu seiner Abwahl als Unions-Fraktionschef sagte er, dass in den ersten Stunden danach seine Enttäuschung groß gewesen sei. Später habe er aber das „unfassbare Aufgehoben-Sein“ in Gottes Hand erlebt. 2012 hatte idea Kauder wegen seines Engagements gegen Christenverfolgung zum „Politiker des Jahres“ ernannt. Nach eigenen Angaben besucht Kauder sonntags den Gottesdienst und betet jeden Tag. Wiederholt hat er die evangelikale Bewegung gelobt. Sie lebe stark aus der Bibel und habe eine klare Vorstellung von ihrem Glauben.



Fotografin: Laurence Chaperon - Volker Kauder MdB

© Fotografin: Laurence Chaperon [CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>)]

Humboldt-Universität: Weiter Kritik an Beirat für Islam-Institut

Kritik an die Besetzung der Beiräte vom Staat geförderter islamischer Institutionen geht in eine neue Runde



Die Humboldt-Universität Berlin, Foto: pixabay.com

Berlin (idea) – Erneut gibt es Kritik am Beirat des neuen Instituts für Islamische Theologie der Humboldt-Universität Berlin. Jetzt hat sich der Journalist Gunnar Schupelius in seiner Kolumne „Mein Ärger“ in der Tageszeitung B.Z. zu Wort gemeldet. Wie er schreibt, wollte der Senat mit der Gründung den Einfluss ausländischer Mächte auf Islamlehrer in der Hauptstadt eindämmen. „Stattdessen holte er sich Fundamentalisten ins Haus, die wiederum aus dem Ausland gesteuert werden“, so Schupelius. Zum Beirat des Instituts gehören neben dem Zentralrat der Muslime in Deutschland und der Islamischen Föderation auch die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS). Alle drei gelten als konservativ bis fundamentalistisch. Die IGS wird laut Schupelius direkt aus dem Iran gesteuert. So gebe es ein aktuelles Video des Imam Mahdi Zentrums Münster – einem Mitglied der IGS –, in dem Terrorismus verherrlicht und der iranische Gottesstaat gepriesen werde. Zudem hätten sich Mitglieder der IGS am israelfeindlichen Al-Quds-Marsch im Juni in Berlin beteiligt. Zu ihrem Gelehrtenrat gehöre mit Reza Ramezani „ein direkter Vertreter von Ayatollah Khamenei, dem ‚obersten Führer‘ der Diktatur im Iran“. Der Journalist fordert darum den Regierenden Bürgermeister und Wissenschaftssenator Berlins, Michael Müller (SPD) dazu auf, „den Iran-Alptraum am Islam-Institut“ zu beenden.

Berliner CDU: Fehlbesetzung am Islam-Institut korrigieren

Zuerst hatte der Grünen-Politiker Volker Beck die Beteiligung der IGS als Grund angeführt, die Besetzung des Beirates zu überdenken. Mit Bezug auf das Video des Imam Mahdi Zentrums Münster schrieb er auf dem Kurznachrichtendienst Twitter: „Entweder die IGS schmeißt dieses Mitglied raus, oder Berlin muss die Zusammenarbeit mit der IGS unverzüglich einstellen.“ Auch die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus forderte den Senat daraufhin dazu auf, die „Fehlbesetzung am Islam-Institut“ zu korrigieren. Dass die Einrichtung des Instituts ohne Vertreter liberaler Islam-Verbände umgesetzt wurde, sorgt bereits länger für Kritik. Unter anderem hatten sich die Imamin Seyran Ates sowie das Studierendenparlament an Universitätsleitung und Öffentlichkeit gewandt. Der Studienbetrieb des Islam-Institutes soll laut Universität zum Wintersemester 2019/20 beginnen. Dort sollen Religionslehrer und muslimische Geistliche ausgebildet werden. Laut Medienberichten gibt es bereits 240 Bewerbungen. Insgesamt hat die Universität aktuell rund 35.500 Studenten. Schupelius besuchte die Axel-Springer-Journalistenschule und arbeitete anschließend für verschiedene Medien, unter anderem für „Bild“, „Welt am Sonntag“ und das Nachrichtenmagazin „Focus“.

Indien: Lebenslange Haftstrafen für Mord an einem Christen

Zehn Täter wurden verurteilt – Hauptangeklagter war der Schwager des Opfers

Kottayam (idea) – In Indien sind am 27. August zehn Angeklagte wegen Mordes an einem Christen zu zweimal lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt worden. Das Gericht in Kottayam im Bundesstaat Kerala im Südwesten des Landes sah es als bewiesen an, dass die Täter den 23-jährigen Kevin P. Joseph vergangenes Jahr in einem Fluss ertränkt haben. Als Motiv gab das Gericht einen sogenannten „Ehrenmord“ an. Der Christ und seine Freundin Neenu hatten gegen den Willen der Familie der Braut geheiratet. Der Hauptangeklagte im Prozess war der Schwager des Opfers. Vier Mitangeklagte, darunter Josephs Schwiegervater, wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Nach seiner Hochzeit war das Opfer am 27. Mai 2018 aus seinem Haus entführt worden. Einen Tag später wurde seine Leiche in einem Fluss in dem Ort Chaliyakkara entdeckt.

Joseph entstammte einer mittellosen Familie, die den Dalits – Nachfahren der indischen Ureinwohner – angehört. Sie stehen in Indiens Kastensystem ganz unten und werden auch als „Unberührbare“ bezeichnet. Laut dem Direktor für Externe Beziehungen bei ADF International (Wien), Andreas Thonhauser, finden viele Dalits das Christentum attraktiv, schrecken jedoch davor zurück, zum christlichen Glauben überzutreten. Sie würden damit alle Vorteile verlieren, die sie mittlerweile als Entschädigung für die über Jahrhunderte erlittenen Ungerechtigkeiten durch die höheren Kasten erhalten. Denn während Hindus, Buddhisten oder Sikhs unter den Dalits vom Staat eine geringe Unterstützung bekommen können, sind Christen und Muslime davon ausgenommen.

Indien ist mit etwa 1,3 Milliarden Einwohnern das zweitbevölkerungsreichste Land der Welt nach China. 80 Prozent sind Hindus, 14 Prozent Muslime und mindestens drei Prozent Christen. (idea/28.08.2019)

Indonesien: Hetze gegen Christen endet mit Freispruch

Ustadz Abdul Somad ist der wohl populärste islamische Prediger Indonesiens. Bei einem öffentlichen Auftritt vor Muslimen sagte er, christliche Kreuze seien von bösen Geistern bewohnt. Der nationale Rat der Islamgelehrten sprach ihn nach einer Anklage jedoch vom Vorwurf der Blasphemie frei und stärkte ihm den Rücken.

Der islamische Prediger Ustadz Abdul Somad hat behauptet, dass christliche Kreuze vom Teufel besessen seien. Laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung gehört Somad als einer der prominentesten Vertreter zu einer „moderaten Massenorganisation“ der Muslime. Von dem Auftritt kursierte ein Video im Internet. Es erhitze vor allem die Gemüter der Christen. Sie hatten Somad demnach wegen Blasphemie angezeigt, denn in Indonesien existiert ein Gesetz, das alle staatlich anerkannten Religionen vor Blasphemie schützt.

Somad wies den Vorwurf zurück. Er habe keine Christen beleidigt, weil im Publikum gar keine Christen gesessen hätten. Mit dem Fall hat sich der nationale Rat der Islamgelehrten (MUI) befasst. Er habe sich hinter Somad gestellt und dessen Kritiker aufgefordert, „Ruhe zu geben“, schreibt die FAZ.

Hassreden „quasioffiziell abgesegnet“

Aus Sicht der Zeitung könnte dieses Urteil fatale Konsequenzen für das Zusammenleben der Religionen haben. Hassreden gegen Christen und andere Minderheiten gebe es sowohl im Internet als auch in den Moscheen. Die Absolution eines Predigers, der das Christentum dämonisiere, stelle nun die nächste Stufe dar, da sie Hassreden „quasioffiziell absegnet“.

In [Indonesien](#) ist es, trotz der gesetzlichen Regelung, zu einer steigenden Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten gekommen. Im [Mai 2018 wurde ein Anschlag auf drei Kirchen verübt](#), bei dem mindestens 15 Personen starben. In der Vergangenheit war es zu vandalistischen Aktionen gegen christliche Grabstätten gekommen. In bestimmten Dörfern dürfen laut dem FAZ-Bericht nur noch Muslime Häuser kaufen oder mieten. Der frühere [Gouverneur von Jakarta](#) war zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Er hatte in einer Wahlkampfreden gesagt, „seine Zuhörer sollten sich nicht von einem Koranvers irre machen lassen, der Muslimen angeblich verbiete, Nichtmuslime zu wählen“.

In diesem Fall zeigte der Nationale Rat die Härte, die er bei dem Vorfall rund um den Prediger Somad habe vermissen lassen, resümiert die FAZ das aktuelle Beispiel. Bis vor Kurzem habe man das „größte muslimische Land der Erde noch als Modell für einen moderaten Islam gepriesen“.

Von: Johannes Blöcher-Weil Quelle: Christliches Medienmagazin pro

Indonesien: Kritik an Freispruch für islamischen Prediger

Er hatte behauptet, dass in Kreuzen böse Geister leben

Jakarta (idea) – Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ hat den Freispruch des wohl populärsten islamischen Predigers in Indonesien verurteilt. Er hatte behauptet, dass Kreuze von bösen Geistern bewohnt seien. Der nationale Rat der Islamgelehrten – die höchste islamische Instanz im Land – sprach ihn vom Vorwurf frei, das Christentum beleidigt zu haben. Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet, hatte sich der Vorfall in einer Moschee ereignet. Dort sei der Prediger Ustadz Abdul Somad von einer ZuhörerIn gefragt worden, warum ihr beim Anblick eines Kreuzes immer ein Schauer über den Rücken laufe. Er begründete dies damit, dass in Kreuzen böse Geister hausten. Das Gespräch kursiert als Video in den Sozialen Medien. Indonesische Christen zeigten Somad daraufhin wegen Blasphemie (Gotteslästerung) an. Radikale Muslime konterteten mit einer Gegenklage: Die Unterstellung, Somad könnte Gotteslästerung begangen haben, sei beleidigend. Der Islamgelehrte selbst verteidigte sein Handeln damit, dass er in einer Moschee auf die Frage einer Muslima geantwortet habe. Es seien keine Christen anwesend gewesen. Daher könne er diese mit seiner Aussage auch nicht beleidigt haben. Dies sah auch der Gelehrtenrat so, als sich dieser mit dem Fall beschäftigte, und forderte die Kritiker Somads auf, „Ruhe zu geben“.

„Kirche in Not“: Nichtmuslime werden schon wegen kleinster Vergehen verurteilt

Der Experte für Religionsfreiheit beim katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“, Berthold Pelster (München), äußerte sich gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea entsetzt über diesen Freispruch. „Die öffentliche Verbreitung von intoleranten Aussagen über die christliche Religion bis hin zu Verunglimpfungen und Hassreden gegen Christen ist eine mehr als bedenkliche Entwicklung, vor allem wenn sie – wie jetzt geschehen – von höchster islamischer Instanz sogar mehr oder weniger gebilligt wird.“ Obwohl der Blasphemieparagraf für alle anerkannten Religionen gilt, bestehe offensichtlich eine ausgeprägte Schiefelage in der Anwendung: „Während Nichtmuslime schon wegen kleinster Vergehen angeklagt und verurteilt werden können, wird bei Muslimen großzügig über zum Beispiel christenfeindliche Aussagen hinweggesehen.“ Eine solche Billigung sei mit den Prinzipien der Religionsfreiheit unvereinbar und widerspreche dem Verständnis von Menschenrechten. Indonesien ist das bevölkerungsreichste islamische Land der Welt und galt lange als tolerant gegenüber religiösen Minderheiten. Seit einigen Jahren zeigt sich jedoch eine zunehmende Radikalisierung. Besonders die Sozialen Medien werden dazu genutzt, Hass gegen religiöse Minderheiten zu verbreiten. Von den rund 260 Millionen Einwohnern sind über 85 Prozent Muslime. Der Anteil der Christen liegt bei zehn Prozent.

Christliche Trauerfeier vor einer Moschee

Trotz zunehmender Intoleranz gegenüber religiösen Minderheiten wie den Christen fand ein positives Gegenbeispiel in den vergangenen Tagen in den Sozialen Medien in Indonesien Beachtung. In Jakarta hatten am 26. August Muslime erlaubt, eine christliche Trauerfeier vor ihrer Moschee abzuhalten. Einige von ihnen nahmen sogar teil und verschoben ihre wöchentliche Koranstunde, um den Gottesdienst nicht zu stören. Nach Angaben der Zeitung „Jakarta Post“ soll der Weg zum Haus der Familie zu schmal gewesen sein, um den Sarg für die Trauerfeier dorthin zu bringen. So hätten die Angehörigen der Verstorbenen die Verantwortlichen der nahe gelegenen Moschee um Hilfe gebeten. Der in Indonesien bekannte Komiker und Filmemacher Ernest Prakarsa schrieb dazu auf Twitter: „Solche Nachrichten brauchen wir dringend.“

Internationale Altaistikkonferenz setzt sich mit Thema Staat und Religion auseinander

Das Plenum befasste sich in diesem Jahr mit „Staat und Religion in der altaischen Welt“. Dazu gehören Völker und Volksgruppen, wie Kasachstan, Kirgisistan, der Mongolei und den Mandschuren in der Region des zentralasiatischen Altai-Gebirges und der angrenzenden Gebiete Mittelasiens, ein geografisches Gebiet, in dem es erhebliche Probleme für die Religionsfreiheit.

Friedensau/Deutschland | 28.08.2019 | APD | Vom 18. bis 23. August tagte in Friedensau bei Magdeburg die 62. Jahresversammlung der Permanent International Altaistic Conference (PIAC). Das Plenum befasste sich in diesem Jahr mit „Staat und Religion in der altaischen Welt“. Die Altaistik setzt sich mit Geschichte, Sprache und Kultur der Völker und Volksgruppen, wie Kasachstan, Kirgisistan, der Mongolei und den Mandschuren, in der Region des zentralasiatischen Altai-Gebirges und der angrenzenden Gebiete Mittelasiens auseinander.

Laut der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau kooperiert in Deutschland die PIAC mit dem Institut für Turkologie der Freien Universität Berlin. An der 62. Jahresversammlung nahmen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus über einem Dutzend Ländern und Regionen teil. Sie kamen aus Japan, Korea, Russland, China, Taiwan, Kirgisistan, Kasachstan, Ungarn, Frankreich, der Mongolei, Türkei, den USA und Deutschland. Themen der aktuellen Tagung waren verschiedene Religionen wie der alttürkische Tengrismus und der Buddhismus, insbesondere ihr Verhältnis zum weltlichen Staat. Neben den Tagungsthemen stand auch die Erkundung der Region auf dem Programm. So wurden unter anderem der Dom in Magdeburg und die hugenottische Petrikerche in Burg bei Magdeburg besucht.

Weitere Informationen unter: www.thh-friedensau.de

Informationen zur PICA unter <http://www.altaist.org/>

Iran: Konvertiten zu Haftstrafen wegen „Versammlung, Verschwörung und Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit“ verurteilt

Fatemeh Bakhteri und Saheb Fadaie verbüßen bereits ihre Haftstrafen

Iranische Christen bitten um Gebet für die Konvertitin Fatemeh Bakhteri (auch bekannt als Ailar), die wegen ihrer christlichen Aktivitäten und der Weigerung, ihren Glauben zu widerrufen, ihre einjährige Haftstrafe im Evin-Gefängnis angetreten hat.

Nachdem ein Berufungsgericht im Mai ihre einjährige Haftstrafe wegen "Propaganda gegen das Regime" bestätigt hatte, präsentierte sich Fatemeh am 31. August im Evin-Gefängnis in Teheran.

Sie wurde über die Verurteilung im September 2018 informiert, die ein zweijähriges Verbot aller sozialen Aktivitäten mit mehr als zwei Personen vorsah. Fatemehs Mitangeklagter, Saheb Fadaie (auch bekannt als Zaman), wurde zu achtzehn Monaten Haft und zwei Jahren Exil in Hamedan wegen "Maßnahmen gegen die nationale Sicherheit durch Verschwörung und Versammlungen" verurteilt. Allerdings verbüßt er bereits eine zehnjährige Haftstrafe wegen "Errichtung einer Hauskirche" und "Förderung des zionistischen Christentums".

Am 15. Januar gab es eine erste Berufungsverhandlung, bei der Fatemeh und Saheb von den vorsitzenden Richtern Hassan Babaei und Mashallah Ahmadzadeh unter Druck gesetzt wurden, ihren Glauben aufzugeben. Als beide sich weigerten, dies zu tun, wurden ihre Urteile in einer im Mai verkündeten Entscheidung bestätigt.

Freunde von Fatemeh berichten, dass sie keine Angst hatte, als sie am Samstag ins Gefängnis ging, aber sie bitten um Gebet für sie, dass:

- a. der Herr sie durch Seine Gegenwart stärken und ermutigen und auch bei ihrem Mann sein und ihn ermutigen wird.
- b. der Herr auch Saheb ermutigen wird, ebenso wie alle anderen christlichen Gefangenen, die im Evin-Gefängnis Strafen verbüßen.
- c. die iranischen Behörden ihre Verfolgung religiöser Minderheiten einstellen und die Religionsfreiheit als völkerrechtliche Verpflichtung achten werden.

Quelle: Middle East Concern meconcern.org

Iran: Richter legt Prozesse gegen Konvertiten zusammen und erscheint nicht zum Gerichtstermin

Am 26. August bat die MEC um Gebet für eine für den 3. September anberaumte Berufungsgerichtsverhandlung, in der drei verschiedene Fälle geprüft werden sollten. Der Richter nahm nicht an der Verhandlung teil, so dass die Verhandlung verschoben wurde, ohne dass ein neuer Termin vereinbart wurde.

Der erste der drei Fälle betrifft den assyrischen Pastor Victor bet Tamraz und die persischen zum Christentum konvertierten Amin Nader Afshari und Kavian Fallah Mohammadi (verhaftet bei einer Weihnachtsfeier im Dezember 2014). Die zweite betrifft auch Amin Nader Afshari, der im August 2016 zusammen mit einem anderen Konvertiten, Hadi Asgari, und Ramiel bet Tamraz (Sohn von Pastor Victor), zusammen mit zwei anderen wieder verhaftet wurde. Der dritte Fall betrifft Shamiram Issavi Khabizeh, die Frau von Pastor Victor, die im Juni 2017 zunächst zur Befragung durch die Behörden vorgeladen und im Januar 2018 zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, weil sie "gegen die nationale Sicherheit handelte" und "gegen das Regime handelte, indem sie kleine Gruppen organisierte, ein theologisches Seminar im Ausland besuchte und Kirchenführer und Pastoren ausbildete, um als Spione zu fungieren".

Der vorsitzende Richter, Ahmed Zargar, teilte bei einer Anhörung für Shamiram Issavi Khabizeh am 19. Februar mit, dass die drei Fälle für die Berufungsverhandlung am 3. September zusammengefasst werden. Für die Angeklagten war es jedoch unklar, wer tatsächlich zur Teilnahme geladen werden sollte.

Iranische Christen bitten um fortgesetztes Gebet, dass:

- a. alle angeklagten in den drei Fällen schließlich von allen gegen sie erhobenen Anklagen freigesprochen werden;
- b. der Herr alle iranischen Christen stärken und ermutigen wird, die fälschlicherweise beschuldigt werden, wegen ihres christlichen Glaubens und ihrer christlichen Aktivitäten gegen die nationale Sicherheit zu agieren.

Quelle: Middle East Concern meconcern.org

Iran: Update zu den angeklagten Konvertiten Mahrokh Kanbari, Mohammad Vafadar, Kamal Naamanian, Hossein Kadivar (Elisha), Khalil Dehghan, Matthias Haghnejad, Shahrouz Eslamdoust, Babak Hosseinzadeh, Behnam Akhlaghi und Mehdi Khatibi

Am 27. Juli wurde Mahrokh (Roksare) Kanbari (65) vor das islamische Revolutionsgericht von Karaj geladen, um wegen "Vorgehens gegen die nationale Sicherheit" angeklagt zu werden. Freunde kommentierten die Gerichtsverhandlung am Samstag und sagten, dass der Richter sehr unhöflich gewesen sei und versuchte, Mahrokh zu demütigen, da sie mit ihm nicht übereinstimmte. Heute (29. Juli) wurde ihr ihre Haftstrafe von einem Jahr wegen "Propaganda gegen das System" mitgeteilt. Sie kann gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Die Anhörung war auf ihre Verhaftung kurz vor Weihnachten zurückzuführen, als drei Agenten des iranischen Geheimdienstes ihr Haus überfielen und Mahrokh zu den Geheimdiensten brachten, wo sie zehn Tage lang intensiv verhört wurde, bevor sie nach Einreichung der Kaution von 30 Millionen Toman (2.500 US-Dollar) entlassen wurde.

In einem separaten Fall traten am 28. Juli Mohammad Vafadar, Kamal Naamanian, Hossein Kadivar (Elisha) und Khalil Dehghan - alle aus Rasht - einzeln vor dem 28. Revolutionsgericht in Teheran auf, weil sie wegen "Handelns gegen die nationale Sicherheit" und "Förderung des Zionismus" angeklagt waren. Bei der Verhandlung behauptete der Richter Mohammad Moghiseh, dass die Bibel gefälscht worden sei und dass die Angeklagten den Zionismus förderten.

Dies folgt auf eine abgebrochene Anhörung am 24. Juli. Pastor Matthias Haghnejad und acht weitere, darunter die vier oben genannten, waren vor Richter Mohammed Moghiseh erschienen. Matthias Haghnejad, Shahrouz Eslamdoust, Babak Hosseinzadeh, Behnam Akhlaghi und Mehdi Khatibi hatten Moshgani Farahani als ihren Anwalt gewählt. Die anderen Angeklagten (die am 28. Juli vorgeladen wurden) hatten beschlossen, sich selber zu verteidigen.

Das Beharren der fünf Angeklagten auf einer Klage gegen Moshgani Farahani verärgerte den Richter, der die Überstellung von Pastor Haghnejad und Shahrouz Eslamdoust in das Evin-Gefängnis und die Verhaftung von Babak Hosseinzadeh, Behnam Akhlaghi und Mehdi Khatibi anordnete, bis sie die Kaution von je 1,5 Milliarden Toman (160.000 €) eingereicht hatten - ein exorbitanter Betrag. Babak Hosseinzadeh, Behnam Akhlaghi und Mehdi Khatibi wurden an einen unbekanntem Ort gebracht. Es ist nicht bekannt, wann die fünf Männer als nächstes vor Gericht geladen werden.

Die Urteile für Mahrokh und die vier Bekehrten von Rasht stehen nach den jüngsten Anhörungen noch aus.

Iranische Christen bitten um Gebet für diejenigen, die kürzlich an Gerichtsverhandlungen teilgenommen haben, und für diejenigen, die noch in Haft sind und darauf warten, vor Gericht geladen zu werden. Bitte betet das:

- a. der Name Jesus Christus in den Gerichtsverhandlungen geehrt und das Evangelium treu dargestellt werden.
- b. Gott diejenigen ermutigen wird, die an Gerichtsverhandlungen teilgenommen haben oder teilnehmen werden und Seinen Frieden und Seine Stärke kennen, ohne Angst und Schrecken.
- c. die Richter als Gott gegenüber rechenschaftspflichtig gerecht urteilen werden und sich an die Verpflichtung des Iran erinnern, die Religionsfreiheit zu wahren.
- d. dass Mahrokh Gottes Ermutigung angesichts der Gefängnisstrafe erkennt und dass ein Einspruch erfolgreich eingelegt wird.

Quelle: Middle East Concern meconcern.org

Kamerun: Bibelübersetzer mit Machete getötet

Fulani Hirten töten sieben Christen – die Rolle der Regierung ist höchst bedenklich

Sechs weitere Personen bei Angriff getötet – Täter sollen Fulani-Hirten sein

Wum (idea) – Im zentralafrikanischen Kamerun ist ein Bibelübersetzer brutal getötet worden. Wie die Online-Zeitung Christian Post (Washington) berichtet, fielen neben Angus Abraham Fung noch weitere sechs Personen einem Angriff – mutmaßlich durch muslimische Fulani-Hirten – zum Opfer. Die Tat ereignete sich am Morgen des 25. August in der Stadt Wum (Nordwest-Provinz). Laut Angaben des Leiters der Organisation „Oasis Network for Community Transformation“ (Oase Netzwerk für gesellschaftlichen Wandel), Efi Tembon, wurde Fung mit einer Machete umgebracht. Seiner Frau Eveline hätten die Angreifer einen Arm abgeschnitten. Die meisten Opfer seien ältere Männer. Fung unterstützte über mehrere Jahre lang die Bibelübersetzer der Organisation Wycliffe bei einer Übersetzung des Neuen Testaments in die Sprache Aghem. Das Projekt wurde 2016 abgeschlossen. „Er war einer der wichtigsten Gemeindeführer im ganzen Stamm, Teil des Übersetzungsdienstes und koordinierte auch die Alphabetisierungsarbeit“, so Tembon gegenüber der Christian Post. „Viele Menschen können die Sprache jetzt lesen und schreiben als Ergebnis von Angus’ Arbeit.“

Vorwurf: Regierung ermutigt Fulani-Hirten zu Übergriffen

Dem Einheimischen zufolge kämpfen in der Region um Wum Separatisten für die Unabhängigkeit. Staatliche Akteure ermutigten darum Jugendliche aus der nomadischen Fulani-Hirtengemeinschaft, lokale Bauerngemeinschaften anzugreifen, die die separatistischen Rebellen unterstützen. „Sie wurden von der Regierung bewaffnet und geschützt und terrorisieren die lokale Bevölkerung“, so Tembon. Bereits im Juni seien Kirchen sowie mehrere Häuser niedergebrannt und Menschen in mehreren Gebieten getötet worden. Von den 23,3 Millionen Einwohnern Kameruns sind jeweils etwa 25 Prozent evangelisch bzw. katholisch. 20 Prozent gehören dem Islam an. Weiterhin gibt es Anhänger von animistischen Religionen.

Nahost: Das Ende des Christentums im Nahen Osten?

In der Wiege der Christenheit stehen die Zeichen auf höchsten Alarm



Der pakistanische Christ Sawan Masih sitzt seit sechs Jahren in Haft. Foto: Privat

Vor zwei Jahren wurde der IS in Mosul besiegt. Den Extremisten war es jedoch gelungen, das Gebiet von Christen zu „säubern“. Vor der Gründung des IS gab es dort noch immerhin mehr als 15.000 Christen. Im Juli 2019 waren nur 40 zurückgekehrt.

Tübingen, 2.9.2019, akref/pm. Der italienische Journalist und Buchautor Giulio Meotti, Kulturredakteur der Tageszeitung Il Foglio, berichtet in einem Artikel für [Gatestone](#) über die höchst gefährdete Lage der Christen im Nahen Osten.

Unter dem Titel „Das Ende des Christentums im Nahen Osten“ berichtet er u.A. folgendes:

Konvertieren, bezahlen oder sterben. Vor fünf Jahren war dies die „Wahl“, die der Islamische Staat (IS) den Christen in Mosul, der damals drittgrößten Stadt im Irak, gab: entweder den Islam annehmen, sich einer religiösen Steuer unterwerfen oder sich dem Schwert stellen. Der IS [markierte](#) dann christliche Häuser mit dem arabischen Buchstaben ن(N), dem ersten Buchstaben des arabischen Wortes „Nasrani“ („Nazarener“ oder „Christ“). Die Christen konnten oft nicht mehr als ihre Kleider mitnehmen und aus einer Stadt fliehen, die seit [1.700 Jahren](#) die Heimat der Christen war.

Vor zwei Jahren wurde der IS in Mosul besiegt und sein Kalifat zerstört. Den Extremisten war es jedoch gelungen, das Gebiet von Christen zu „säubern“. Vor der Gründung des IS gab es dort [mehr als 15.000](#) Christen. Im Juli 2019 teilte die katholische Hilfsorganisation [Aid to the Church in Need](#) mit, dass [nur etwa 40 Christen](#) zurückgekehrt sind. Vor nicht allzu langer Zeit hatte Mosul „[Weihnachtsfeiern ohne Christen](#)“.

Er prangert die *Gleichgültigkeit der Europäer und vieler westlicher Christen, die mehr darauf bedacht waren nicht „islamfeindlich“ zu erscheinen, als ihre eigenen Brüder zu verteidigen* und macht uns mit verantwortlich für den Genozid an die Christen. Er schildert die Situation etwa so:

Pater Ragheed Ganni zum Beispiel, ein katholischer Priester aus Mosul, hatte gerade die Messe in seiner Kirche beendet, als Islamisten ihn töteten. In einem seiner letzten Briefe [schrieb](#) Ganni: „Wir stehen kurz vor dem Zusammenbruch“. Das war 2007 – fast zehn Jahre bevor der IS die Christen von Mosul auslöschte. „Hat die Welt in die andere Richtung geschaut, während Christen getötet wurden?“, [fragte](#) die Washington Post. Meotti: Definitiv.

In seinem Bericht zitiert er auch die zwei amerikanischen Wissenschaftler [Peter Feaver](#) und [Will Inboden](#): *Einige Gemeinschaften, wie die winzige christliche Community in Mosul, „sind mit ziemlicher Sicherheit für immer verloren. Wir stehen vor einer Katastrophe und wenn wir nicht bald, innerhalb von Wochen, handeln, werden die kleinen Überreste christlicher Gemeinschaften im Irak, durch den Völkermord an den Christen im Irak und in Syrien größtenteils ausgerottet“.*

Meotti fährt fort: *Allein in Mosul wurden [45 Kirchen](#) verwüstet oder zerstört. Keine einzige wurde verschont. Heute gibt es nur noch [eine offene Kirche](#) in der Stadt. Der IS wollte dort offenbar auch die christliche Geschichte zerstören. ... Gemeinsam mit Al Nusra, einem Ableger von al-Qaida in Syrien, ist der IS nach dem gleichen Muster vorgegangen, als sie die christliche Stadt Maaloula angriffen. ... „Die Altäre, die Ikonostasen und das Taufbecken wurden in Stücke gerissen. Aber das was mich am meisten erschütterte, war die Verbrennung von Taufregistern. Es ist, als wollten sie unseren Glauben auslöschen“... Auf dem Friedhof der Kirche St. Georg in Karamlesh, einem Dorf östlich von Mosul, grub der IS einen Leichnam aus und [enthauptete](#) ihn, anscheinend nur weil er ein Christ war.*

Meotti unterstreicht seine Kritik an den Westen mit den Aussagen von einheimischen Christen: *Schändlicherweise war und scheint das Schicksal der Christen im Nahen Osten dem Westen völlig gleichgültig zu sein. Wie der syrisch-orthodoxe Erzbischof von Mosul, der Metropolitan Nikodemus, es [ausdrückte](#):*

„Ich glaube nicht an dieses Wort (Menschenrechte), es gibt keine Menschenrechte. Aber in den westlichen Ländern gibt es Tierrechte. In Australien kümmert man sich um Frösche..... Betrachte uns als Frösche, wir werden das akzeptieren – aber beschützt uns, damit wir in unserem Land leben können.

„Diese Leute sind die gleichen, die vor vielen Jahren hierhergekommen sind. Und wir haben sie angenommen. Wir sind das ursprüngliche Volk in diesem Land. Wir haben sie aufgenommen, wir haben ihnen die Türen geöffnet und sie zwangen uns Minderheiten in unserem Land zu sein und dann Flüchtlinge in unserem Land. Und das gleiche wird mit Euch geschehen, wenn Ihr nicht aufwacht.“

„Das Christentum im Irak, eine der ältesten, wenn nicht sogar die älteste Kirche der Welt, steht kurz vor dem Aussterben“, [bemerkte](#) Bashar Warda, Erzbischof von Irbil, der Hauptstadt des irakischen Kurdistan, im Mai in London. „Diejenigen von uns, die übrig bleiben, müssen bereit sein, sich dem Martyrium zu stellen“. Warda beschuldigte britische Spitzenpolitiker der „politischen Korrektheit“ in dieser Angelegenheit, aus Angst der „Islamophobie“ beschuldigt zu werden. „ Werden Sie diese unaufhörliche, organisierte Verfolgung gegen uns weiterhin dulden?“ [fragte](#) Warda. „Wenn die nächste Welle der Gewalt uns trifft, wird dann jemand an euren Universitäten Demonstrationen abhalten und Schilder tragen, auf denen steht: „Wir sind alle Christen?“.

Diese Christen scheinen nur auf Kosten ihres Blutes, ihres Verschwindens und ihres Leidens an Bedeutung auf unseren Fernsehbildschirmen und Zeitungen gewonnen zu haben. Ihre Tragödie verdeutlicht unseren moralischen Selbstmord. Wie der französisch-libanesischer Schriftsteller Amin Maalouf [bemerkte](#): „Das ist das grosse Paradoxon: Man wirft dem Abendland vor, seine Werte durchsetzen zu wollen, aber die eigentliche Tragödie ist seine Unfähigkeit, sie zu vermitteln..... Manchmal entsteht der Eindruck, dass die Menschen im Westen ein für alle Mal das Christentum vereinnahmt haben.... und dass sie sich selbst sagen: Wir sind die Christen, und der Rest ist nur ein archäologischer Überrest, der dazu bestimmt ist zu verschwinden. Drohungen an Pandas verursachen mehr Emotionen“ als Bedrohungen für das Aussterben der Christen im Nahen Osten

Nigeria: Entführte Schülerin Leah Sharibu soll noch am Leben sein

Gerüchte um Tod der von Boko Haram entführte Schülerin von Regierung zurückgewiesen

Abuja (idea) – Die Regierung Nigerias hat Gerüchte zurückgewiesen, dass die von der radikal-islamischen Terrormiliz „Boko Haram“ (Westliche Bildung ist Sünde) entführte nigerianische Christin Leah Sharibu tot sein soll. Das melden internationale und nigerianische Medien unter Berufung auf die Regierung des westafrikanischen Landes. Der Sonderassistent von Präsident Muhammadu Buhari für Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Garba Shehu (Abuja), teilte in einer Erklärung am 31. August mit, die 16-Jährige sei entgegen Gerüchten noch am Leben. Man habe weiterhin Kontakt zu den Entführern. Er betonte jedoch auch, dass die Regierung nicht vorhabe, der Lösegeldforderung nachzukommen.

Seit 18 Monaten entführt

Die Schülerin aus Dapchi im Bundesstaat Yobe wurde am 19. Februar 2018 nach einem Überfall auf die dortige Technische Mädchenschule zusammen mit 109 Mädchen im Alter zwischen elf und 19 Jahren verschleppt. Einige von Leahs Mitschülerinnen wurden getötet. Die Entführer entließen einen Monat darauf 101 Mädchen in die Freiheit. Leahs Vater Nata Sharibu zufolge ist sie die Einzige unter den Opfern, die noch festgehalten wird. Er habe erfahren, dass Druck auf sie ausgeübt wurde, zum Islam überzutreten. Weil sie an ihrem christlichen Glauben festhalte, werde sie weiter gefangen gehalten.

Entführte Christin spricht vom Tod Sharibus

Die Gerüchte um den Tod Sharibus kamen im Juli durch ein dreiminütiges Video auf. Es zeigt sechs Christen, die von „Boko Haram“ Anfang Juli entführt wurden. Die einzige Frau unter ihnen, Grace Taku, fleht in dem Video ihren Arbeitsgeber, die internationale Hilfsorganisation „Action Against Hunger“ (Aktion gegen Hunger), und die nigerianische Regierung an, sich für deren Freilassung einzusetzen. Ihnen dürfe nicht dasselbe passieren wie Leah Sharibu und Alice Ngaddah – einer ebenfalls entführten Christin und Krankenschwester der UNICEF. Sie seien getötet worden. Bereits im Oktober 2018 hatte die Terrormiliz eine Entwicklungshelferin und Hebamme des Roten Kreuzes, Saifura Hussein Ahmed, vor laufender Kamera hingerichtet. Damals kündigte die Terrormiliz an, weitere Verschleppte zu töten, darunter Sharibu. Der nigerianische Präsident Muhammadu Buhari besuchte daraufhin die Eltern der Entführten und versprach, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die junge Christin zu retten. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea haben die Schülerin 2018 als „Gefangene des Monats September“ benannt. Von den 177 Millionen Einwohnern Nigerias sind 48 Prozent Kirchenmitglieder und 51 Prozent Muslime.

Pakistan: Asia Bibi äußert sich im allerersten Interview über ihre Zeit im Gefängnis

Asylantin möchte gerne von Kanada nach Europa umziehen

London (idea) – Die ehemals zum Tode verurteilte pakistanische Christin Asia Bibi hat an die vielen Menschen in ihrem Heimatland erinnert, die sich wegen falscher Blasphemievorwürfe in Haft befinden. Die Katholikin äußerte sich in einem Interview mit der britischen Sonntagszeitung „Sunday Telegraph“ (London). Nach Angaben der Sonntagszeitung handelt es sich um das erste Interview nach Bibis Freilassung. Sie appellierte darin an die Weltgemeinschaft, dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Betroffenen werde ohne ausreichende Beweise oder Ermittlungen Gotteslästerung vorgeworfen. Bibi war 2010 in Pakistan zum Tode verurteilt worden. Sie wurde beschuldigt, als „Ungläubige“ durch Berührung eines Gefäßes das Wasser für muslimische Feldarbeiterinnen verunreinigt und sich im Streit beleidigend über den Propheten Mohammed geäußert zu haben. Das Oberste Gericht hob das Urteil im Oktober 2018 mit der Begründung auf, die Vorwürfe gegen sie seien juristisch schwach begründet. Die Entscheidung löste gewalttätige Proteste radikaler Muslime aus. Bibi musste sich mehrere Monate im Land verstecken und reiste im Mai 2019 nach Kanada aus.

Bibi: Blasphemievorwürfe haben mein Leben zerstört

Im Interview sprach die 54-Jährige auch über ihre Zeit in der Haft. Die falschen Vorwürfe hätten ihr Leben zerstört. In der Haft habe sie manchmal den Mut verloren. Sie habe sich gefragt, ob sie jemals aus dem Gefängnis freikommen und was als Nächstes passieren würde. „Als meine Töchter mich im Gefängnis besuchten, weinte ich nie vor ihnen, aber nachdem sie gegangen waren, weinte ich allein, voller Schmerz und Trauer. Ich habe immer an sie gedacht, wie sie wohl leben.“ Nach der Freilassung mussten sich Bibi und ihr Ehemann laut Sunday Telegraph bis zu ihrer Ausreise nach Kanada zuerst in den Hügeln vor der Hauptstadt Islamabad und dann in der Hafenstadt Karachi versteckt halten. Sie hätten zwar Zugang zu einem Fernseher und einem Handy gehabt, hätten das Haus jedoch nicht verlassen dürfen. Diese belastende Situation habe dazu geführt, dass Bibi mit Depressionen zu kämpfen hatte und wegen Herzproblemen behandelt werden musste. Als sie schließlich ausreisen konnte, habe sie aus Sicherheitsgründen sich weder von ihrer Heimatstadt noch von ihrem Vater verabschieden können: „Mein Herz brach als ich das Land verließ, ohne mich mit meiner Familie treffen zu können. Pakistan ist meine Heimat, ich liebe dieses Land.“

EU-Sonderbeauftragter: Bibis Geschichte könnte Grundlage für Reformen sein

Vor der Ausreise Bibis nach Kanada hatten bereits mehrere europäische Länder wie Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien angeboten, sie aufzunehmen. Auch der Sonderbeauftragte für die Förderung von Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der Europäischen Union, Jan Figel, bemühte sich laut Sunday Telegraph in Gesprächen mit dem pakistanischen Generalstaatsanwalt, Anwar Mansoor Khan, und der Bundesministerin für Menschenrechte, Shireen Mazari, um die Ausreise Bibis. Sunday Telegraph zufolge hatte Bibi tatsächlich auch in die EU ausreisen wollen. Jedoch hätten ihre Töchter in der Zwischenzeit in Kanada Zuflucht gefunden, und auch für sie seien „Arrangements getroffen worden, denen sie zu folgen hatte“. Sie soll jedoch darauf hoffen, mit ihrer Familie in den kommenden Monaten in ein europäisches Land ziehen zu können. Figel lobte Bibi als mutige Frau und liebende Mutter. „Ihre Geschichte und das hochprofessionelle Urteil des Obersten Gerichtshofs können als Grundlage für Reformen in Pakistan dienen, das ein sehr veraltetes System von Blasphemiegesetzen hat, das leicht gegen Nachbarn und unschuldige Menschen missbraucht werden kann.“ Nach Angaben der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) sitzen in Pakistan mehr als 1.000 Menschen unter Androhung der Todesstrafe wegen angeblicher Gotteslästerung in Gefängnissen. Rund 200 von ihnen sind Christen. Von den 174 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus.

Pakistan: Der Straßenreiniger Sawan Masih ist „Gefangener des Monats September“

Der Straßenreiniger war am 27. März 2014 wegen angeblicher Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden. Ein muslimischer Bekannter hatte ihn nach einer Debatte über Religion angezeigt. Der Christ habe den islamischen Propheten Mohammed beleidigt. Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe.



Wegen angeblicher Blasphemie: Christ sitzt in der Todeszelle

Wetzlar (idea) – Zum „Gefangenen des Monats September“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den pakistanischen Christen Sawan Masih benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den 31-jährigen Familienvater aus Lahore einzusetzen und für ihn zu beten. Der Straßenreiniger war am 27. März 2014 wegen angeblicher Gotteslästerung zum Tode verurteilt worden. Er sitzt in einer Todeszelle des Zentralgefängnisses von Faisalabad. Ein muslimischer Bekannter hatte ihn nach einer Debatte über Religion angezeigt. Der Christ habe den islamischen Propheten Mohammed beleidigt. Der Beschuldigte bestreitet die Vorwürfe. Auf die Anzeige hin wurde Sawan Masih am 8. März 2013 verhaftet. Am Tag darauf wurde über die Lautsprecher einer Moschee zum Protest gegen den vermeintlichen Gotteslästerer aufgerufen. Rund 3.000 aufgebrachte Muslime drangen zum Haus des Christen in dem christlichen Viertel Joseph Colony vor und zündeten unterwegs mehr als 100 Häuser und Geschäfte sowie zwei Kirchen an. Angesichts der Drohung, lebendig im eigenen Haus verbrannt zu werden, flohen Hunderte von christlichen Familien. In dem Prozess gegen Masih erhob die Verteidigung den Vorwurf, dass der Fall nur als Vorwand diene, die Christen aus der Siedlung zu vertreiben. Ein Anti-Terrorismus-Gericht sprach sämtliche Verdächtige, die dort gebrandschatzt hatten, am 29. Januar 2017 frei. Am 17. September soll der Berufungsprozess gegen Masih weitergehen. Die IGFM und idea rufen dazu auf, sich in Briefen an den pakistanischen Präsidenten Arif Alvi zu wenden. Er solle alles in seiner Macht Stehende tun, damit sich das Gericht mit dem Fall zügig auseinandersetzt und den Christen freisprechen kann. Laut der IGFM wird der Blasphemievorwurf immer wieder genutzt, um gegen die christliche Minderheit Stimmung zu machen.

Links zum Artikel

- [Musterbrief September 2019.pdf](#)
- [Musterbrief September englisch 2019.pdf](#)

Schweiz: Berner EVP fordert italienisches Kirchensteuermodell für Unternehmen

Bern/Schweiz | 04.09.2019 | APD | In der Septembersession berät der Grosse Rat des Kantons Bern einen Vorstoss, der die Kirchensteuer für Unternehmen freiwillig machen will. Als Antwort darauf hat gemäss *Livernet*, Webportal von Schweizer Christen, die Berner EVP-Fraktion ein Postulat eingereicht, das den Regierungsrat auffordert, das italienische Kirchensteuermodell «otto per mille», eine Mandatssteuer, zu prüfen.

Überholtes Modell

Die EVP könne nachvollziehen, schreibt sie in einer Pressemitteilung, «dass in unserer Gesellschaft, die gerade auch in religiöser Hinsicht immer vielfältiger wird, das Verständnis dafür schwindet, dass nur die drei Landeskirchen von der Unternehmenssteuer profitieren sollen». Denn das Personal in Firmen sei heute in unterschiedlichen Religionsgemeinschaften oder auch gar keiner daheim.

Mandatssteuer «otto per mille»

Die EVP greift daher das italienische Modell der Mandatssteuer für Unternehmen, «otto per mille» auf. Laut Wikipedia ist «die Mandatssteuer eine Steuer zugunsten von Religionsgemeinschaften oder sozialen, kulturellen und humanitären Zwecken». Italienische Steuerzahler können selbst bestimmen, welche staatlich anerkannte religiöse Organisation oder welches staatliche Sozialprogramm die obligatorischen 0.8 Prozent («otto per mille») ihrer jährlichen Einkommenssteuer erhalten soll. Dieses Geld kann von den begünstigten Organisationen für religiöse, wohltätige, soziale und karitative Zwecke verwendet werden.

Dem Vernehmen nach hat in Italien zum Beispiel die Waldenserkirche stark von dieser Regelung profitiert. Auch die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten (Chiesa Cristiana Avventista del Settimo Giorno) profitiert nach eigenen Angaben überproportional von der Mandatssteuer zur Durchführung zahlreicher sozialer, humanitärer, kultureller Projekte sowie für Präventions- und Sensibilisierungskampagnen im Bereich Gesundheit und Sucht im In- und Ausland. Die eingehenden Beträge würden aber nicht für religiöse oder kultische Zwecke verwendet, schreibt die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten auf ihrer Informationsseite «8x1000 zur Unterstützung sozialer Projekte».

<https://ottopermilleavventisti.it/>

Ausweitung der Mandatssteuer auf natürliche Personen möglich

Marc Jost, EVP-Grossrat, hofft bei diesem Vorschlag vor allem auf die Unterstützung der liberalen und sozialen Parteien. Er ergänzt dazu, dass dieses Modell der Mandatssteuer grundsätzlich auch auf natürliche Personen angewendet werden könnte, die keinen Bezug mehr zu einer Kirche haben.

Die Religionsgemeinschaften müssten laut EVP gewisse Minimalstandards erfüllen, um den Genuss von Steuergeldern zu kommen. Eine Grundlage dafür könnte eine Charta der Religionsgemeinschaften sein, wie sie die EVP Schweiz am 22. August vorgestellt hat.

Charta der Religionsgemeinschaften

Die EVP Schweiz hat am 22. August zum internationalen UNO-Gedenktag für die Opfer religiöser Gewalt in Bern eine Charta der Religionsgemeinschaften vorgestellt. Sie wolle damit eine religionspolitische Antwort auf die zunehmende Religionsvielfalt in der Schweiz und ihre Herausforderungen geben, betonte sie an einer Pressekonferenz. Mit der Charta stellt die EVP konkrete Leitsätze für ein friedliches Zusammenleben der Religionsgemeinschaften in der Schweiz zur Diskussion.

Mehr zur Charta der Religionsgemeinschaften:

<https://www.apd.media/news/archiv/13370.html>

Tschad: „Wir haben Bürgerkriege, Überfälle und Verfolgung überlebt“

Die Evangelische Mission im Tschad wurde vor 60 Jahren gegründet

Schwaigern-Stetten (idea) – Die Evangelische Mission im Tschad feiert in diesem Jahr ihr 60-jähriges Bestehen. Das evangelikale Werk mit Sitz in Schwaigern-Stetten bei Heilbronn wurde 1959 vom heute 86-jährigen Missionar Walter Utermann (jetzt Moutier, Kanton Bern) gegründet. Für ihn ist es „ein großes Wunder, dass die EMT noch immer existiert. „Bürgerkriege, Überfälle von Rebellen auf unsere Missionare, Zerstörung von Missionsstationen, Christenverfolgungen und vieles andere mehr haben wir durch- und überlebt.“ Utermann hatte sich im Sommer 1949 in einem Freizeitlager für ein Leben als Christ entschieden. In der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinde (Baptisten) in Gevelsberg fand er seine geistliche Heimat. Später besuchte er die Bibelschule Beatenberg im Kanton Bern (heute: Seminar für biblische Theologie). Bei einem Missionsabend für Studenten im Sommer 1956 erfuhr er von unerreichten Volksstämmen im Tschad. Er traf die Entscheidung, ihnen das Evangelium zu bringen. Um die französische Sprache zu erlernen, reiste er 1957 für eine 16-monatige Sprachausbildung nach Paris. Gemeinsam mit Christen aus Deutschland gründete Utermann zwei Jahre später die Evangelische Mission im Tschad (EMT, Deutscher Zweig). Er selbst wurde als erster deutscher Missionar 1959 in den Tschad ausgesandt. Er und die französischen Kollegen, die bereits vor Ort waren, setzten sich neben ihrer missionarischen Pionierarbeit auch für den Bau von Kliniken und Schulen ein. Utermann lernte im Tschad auch seine spätere Ehefrau, die Schweizer Krankenschwester und Hebamme Anne-Marie Probst, kennen.

Utermann: Noch viele Volksgruppen unerreicht

Utermann ist dankbar, dass heute im Guéra-Gebiet im Zentrum des Landes ein selbstständiger Gemeindebund, die Evangelische Kirche im Tschad, mit rund 6.000 Christen besteht. Doch nach wie vor gebe es viel Arbeit für die christlichen Missionare, wie der dort tätige Johannes Bocher, schreibt: „Die Guéra-Region ist 59.000 Quadratkilometer groß (zum Vergleich: Belgien hat eine Fläche von 30.528 Quadratkilometern). Hier leben 26 Volksgruppen. Nur vier davon wurden bisher mit dem Evangelium erreicht.“

Einheimischer Pastor: „Wir brauchen auch heute noch Missionare aus Europa“

Utermann berichtet in diesem Zusammenhang von einem Gespräch mit einem einheimischen Pastor. Auf seine Frage, ob der Tschad denn heute noch europäische Missionare benötige, habe dieser geantwortet: „In meiner Bibel steht immer noch: ‚Gehet hin...‘ (Matthäus 28,19 sowie Markus 16,15) und ‚Komm herüber und hilf uns...‘ (Apostelgeschichte 16,9).“ Die Evangelische Mission im Tschad gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM). Seit 1959 wurden 51 Vollzeitmissionare und 23 Kurzzeitmitarbeiter ausgesandt. Aktuell arbeiten 21 Missionare im Tschad für die EMT: 19 Einheimische, ein Deutscher und eine Französin. Im Oktober wird der Schweizer Zweig ein Missionarsehepaar entsenden. Vorsitzende des deutschen Zweiges ist Anne Hettinger (Schorndorf bei Stuttgart). Der Schweizer Zweig entstand auf Initiative des deutschen Missionars Georg Leimeroth, der während seines Studiums in Beatenberg Unterstützer für die Anliegen der EMT gewann. Im Tschad, der zu den ärmsten Ländern der Welt gehört, leben 9,25 Millionen Menschen. Davon sind etwa 55 Prozent Muslime, 30 Prozent Christen (jeweils zur Hälfte evangelisch oder katholisch) sowie 15 Prozent Angehörige von Naturreligionen.

Türkei: Ausweisungen von ausländischen Christen schreitet voran

Die Welle der Ausweisungen von in christlichen Gemeinden aktiven Ausländern nimmt weitere Ausmaße an

Tübingen, beg/akref, 5.9.2019. Die Team Auslandsmission schreibt am 30.8.2019: seit Jahren beobachten wir alle mit Sorge die Geschehnisse in der Türkei. Nun ist ein weiteres Kapitel im Gange, das uns unmittelbar betrifft: Mutmaßlich im christlichen Umfeld tätigen Personen wird die Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert. Im speziellen betrifft das auch unsere Missionare Hans-Jürgen und Renate Louven, die seit etwa 20 Jahren in der Türkei leben.

Sie wohnen in ihrem eigenen kleinen Haus und ihre Tochter Hanna steht ein Jahr vor ihrem Uni-Abschluss. Als ‚schlüssiger‘ Grund für die Nichtverlängerung wird ‚andere Gründe‘ angegeben.

Der selbst betroffene Hans-Jürgen Louven schreibt dazu:

Es ist für uns alle eigentlich sehr klar, was der eigentliche Grund der Ablehnung ist, aber das kann der türkische Staat nicht nennen, weil er damit die Menschenrechte verletzen würde. (Jeder Mensch darf seinen Glauben frei ausleben und anderen gegenüber erklären/weitergeben. Diese Erklärung hat auch die Türkei unterschrieben)

Gleichzeitig mit der Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis ist eine Frist zur Ausreise verbunden: Innerhalb von 10 Tagen haben die Betroffenen das Land zu verlassen!

Diese Frist läuft am kommenden Sonntag ab!

Hans-Jürgen Louven hat sich mit seiner Botschaft ins Einvernehmen gesetzt und einen Anwalt konsultiert. Er will gegen den Bescheid Rechtsmittel ergreifen. Er hat Frieden über die Situation und zitiert Philipper 4,7

In großer Sorge leben nun jedoch die Mitglieder der kleinen christlichen Gemeinden, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind. Will man ihnen Angst einjagen, sie zersprengen, vielleicht mit weiteren Repressalien gegen sie vorgehen?

Da die ganze Situation von der westlichen Öffentlichkeit (noch) nicht wahrgenommen wird, bitten die Geschwister um Gebetsunterstützung und um Weitergabe der Informationen.

Louven schreibt am 4.9.2019 wieder:

Ja, ich bin noch da. Heute sollte auch Hanna zurückkehren. Inzwischen haben um die eintausend Menschen hier die Petition unterzeichnet; seit gestern ist diese nun auch verbunden mit dem kurzen Video unseres Lebens hier in der Stadt.

Warum man mich noch nicht deportiert hat weiß ich nicht; Eure Gebete werden mit Sicherheit dazu beigetragen haben. Die Petition wird auch wahrgenommen - und wie gesagt: Tausend Unterschriften für eine Sache, die Menschenrechte betrifft heißt hier im Land schon etwas.

Ein sehr interessantes Gespräch hatte ich mit einer englischen, älteren Schwester, die mit ihrem Mann zusammen (beide schon weit über 60) ebenfalls hier in der TR ein Haus hat und eine evangelikale Gemeinde besucht. Sie wurde wohl in einen ähnlichen Topf wie wir geworfen und streitet jetzt bereits über Monate mit den Behörden über ihr Aufenthaltsrecht. Was mich freut ist, dass sie wohl einen verständigen Richter gefunden hat. Der hat nicht nur ihre Deportation außer Kraft gesetzt, sondern ihr auch einen Personenschutz verordnet, damit die von der Immigrationsbehörde (dem Innenministerium unterstellt) nicht doch hingehen und sie aus dem Land transportieren oder gar inhaftieren... Noch Fragen?

Gestern morgens hatte ich eine Zeit mit dem Rechtsanwalt. Ich mag ihn, er setzt sich auch sonst für Menschenrechte ein - was hier Mut braucht. Er hat mit dem Vorsitzenden des Gerichts in der Stadt gesprochen und auf die Dringlichkeit des Falles hingewiesen. Letzte Woche hatte das Gericht noch Ferien und mein Fall wurde deshalb noch nicht angeschaut...

Ein WICHTIGES GEBETSANLIEGEN ist nun, dass unsere Klage vor dem Verwaltungsgericht BALD angeschaut und bearbeitet wird; ich ebenfalls so einen verständigen und mutigen Richter bekomme, der die DEPORTATION AUSSETZT und sich auch danach für uns einsetzt.

Ich bin überzeugt, dass wenn wir im Land bleiben, wir hier ein umso größeres Zeugnis für die Menschen sein können. So viele der einheimischen Freunde und Bekannte stehen hier für uns ein, eine ältere Frau wollte sogar für uns auf die Barrikaden gehen. Auch für die einheimischen und verbliebenen ausländischen Geschwister (ungefähr 50 heißt es sind bereits außer Landes) kann dies eine große Ermutigung werden!

*DANKE für all Euer Mittragen und die Gebete!
Hans-Jürgen*

Verfassungsrechtler: „Kinderkopftuch“-Verbot wäre rechtlich möglich Im Falle eines Gesetzes könnten aber auch andere religiöse Symbole betroffen sein

Berlin/Tübingen (idea) – Ein Kopftuchverbot für Mädchen an Grundschulen wäre in Deutschland aus rechtlicher Sicht möglich. Zu diesem Ergebnis kommt der Verfassungsrechtler Martin Nettesheim (Tübingen) in einem Gutachten für die Frauenorganisation Terre des Femmes (Berlin), das am 29. August vorgestellt wurde. Demnach müssen Kinder „eine bestimmte intellektuelle Reife entwickelt haben, bevor ihre Handlungen als Ausdruck selbstbestimmter und verantwortlicher Ausübung der Religionsfreiheit angesehen werden können“. Gegenwärtig ließen sich keine verfassungsrechtlichen Einwände dagegen erheben, wenn der Gesetzgeber von „einer verantwortlichen Entscheidung über den Gebrauch religiöser oder weltanschaulich konnotierter Kleidung“ ab einem Alter ab 14 Jahren ausgehe. Wie Nettesheim weiter schreibt, ermöglicht und fordert das Grundgesetz „eine Erziehung zur Freiheit, durch die die Schülerinnen und Schüler zur Entwicklung einer selbstbestimmten, aber auch sozial integrierten und verantwortlichen Persönlichkeit angeleitet werden“. Das Kopftuchverbot diene ebendieser Erziehung zur Freiheit. Für den Fall eines staatlich angeordneten Verbotes des „Kinderkopftuchs“ sei mit Blick auf Artikel 3 des Grundgesetzes (Anspruch auf Gleichbehandlung) jedoch auch der Gebrauch anderer Kleidung zu prüfen, die religiöse oder weltanschauliche Bedeutung hat. So beeinträchtigt laut Nettesheim das „Kinderkopftuch“ als geschlechtsspezifisches Kleidungsstück zwar das Ziel einer Erziehung zur Gleichheit, „aber auch das gilt für andere religiös konnotierte Bekleidung im gleichen Maße“.

Umfrage: Drei von vier Befragten für ein Kopftuchverbot für Kinder

In Österreich hat die Regierung im Mai ein Gesetz verabschiedet, das „das Tragen weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist“ in der Grundschule verbietet. Bei mehrfachem Verstoß drohen Geldstrafen von bis zu 440 Euro. Terre des Femmes sammelt aktuell in einer Petition Unterschriften für ein gesetzliches Verbot des sogenannten „Kinderkopftuchs“. Im Rahmen der Kampagne „Den Kopf frei haben“ wurden neben dem juristischen Gutachten zudem bundesweit 252 Lehrer, Erzieher und Pädagogen zu ihren Erfahrungen mit kopftuchtragenden Schülerinnen befragt. 75 Prozent äußerten, ein Verbot des „Kinderkopftuchs“ in Bildungseinrichtungen wäre ein Vorteil für die gleichberechtigte und freie Entwicklung der Mädchen. Bei den Befragten aus Kleinstädten waren es sogar 96 Prozent. Im Arbeitsalltag hatte demnach jeder Dritte (33 Prozent) häufig den Eindruck, dass ein Mädchen sein Kopftuch nicht aus freiwilligen Gründen trug. Ebenso viele (32 Prozent) stellten fest, dass bei Mädchen mit einem Kopftuch Schwierigkeiten bei der Integration im sozialen oder schulischen Umfeld auftraten. Nettesheim ist Professor am Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Völkerrecht der Eberhard Karls Universität Tübingen.

Vietnam: Sechsjährige wegen ihres Glaubens ins Koma geprügelt

Das Mädchen ist inzwischen erwacht, aber noch immer im Krankenhaus

Hanoi/Kelkheim (idea) – Christenverfolgung macht auch vor Kindern nicht halt. In Vietnam ist eine Sechsjährige wegen ihres Glaubens von einem Bewohner aus ihrem Dorf ins Koma geprügelt worden. Das berichtet der deutsche Zweig der christlichen Organisation „Open Doors“ (Kelkheim bei Frankfurt am Main). Der Vorfall ereignete sich vor kurzem in einem Dorf im Norden Vietnams, nachdem bekanntgeworden war, dass die junge Familie (Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt) Christen geworden sind und nicht länger Ahnenkult betreiben. Daraufhin seien der Vater und die Mutter von den Dorfbewohnern aufgefordert worden, ihren christlichen Glauben wieder abzulegen. Dies hätten beide verweigert. Sie seien dafür verspottet, mit Seilen gefesselt und geschlagen worden. Anschließend hätten die Dorfbewohner die Familie aus dem Dorf gejagt. Mitglieder ihrer Gemeinde hätten die Verletzten in ein nahe gelegenes Krankenhaus gebracht, wo sie drei Tage lang behandelt worden seien. Der Pastor der Familie habe bei den örtlichen Behörden erreichen können, dass die drei Christen in ihr Dorf zurückkehren durften. Die Beleidigungen und Drohungen hätten Open Doors zufolge jedoch nicht aufgehört. Im Juli habe dann ein Dorfbewohner die sechsjährige Tochter der Familie auf den Kopf und in den Bauch geschlagen. Ihre Eltern hätten sie mit starken Kopf- und Bauchschmerzen ins Krankenhaus gebracht, wo sie ins Koma fiel. Als das Mädchen nach einem Monat ihr Bewusstsein zurückerlangte, konnte sie sich weder an die Ereignisse erinnern noch ihre Eltern erkennen.

Auf dem Weg der Besserung

Wie der Pressesprecher von Open Doors, Ado Greve, auf Nachfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur idea erklärte, befindet sich das Mädchen noch immer im Krankenhaus. „Sie erholt sich und wartet auf weitere Eingriffe.“ Die Familie plane, sie dafür in ein besseres Krankenhaus zu bringen. Greve weiter: „Die Angreifer sind bislang unbehelligt geblieben. Die lokalen Behörden wurden über den Vorfall informiert, haben bislang aber nichts unternommen.“ Laut Greve vertrauen die Eltern trotz dieser traumatischen Erfahrung darauf, „dass Gott die Kontrolle hat“. Offiziell garantiert die Verfassung des kommunistisch regierten Landes Glaubens- und Religionsfreiheit. Der christliche Glaube wird jedoch häufig als westliche Religion angesehen und abgelehnt. So werden Christen überwacht, verhaftet und vertrieben. Von den über 95 Millionen Einwohnern Vietnams sind 23 Prozent nicht religiös, 21,7 Prozent Buddhisten, zehn Prozent Christen, und der Rest gehört verschiedenen Stammes- und Naturreligionen an.

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (DEA)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]